

dem Entwurf die Verwaltung der Hinterbliebenenversicherung so bürokratisch sein, und die Leistungen so ungenügend, daß die Vorschläge von den Arbeitern geradezu als eine Beschönigung empfunden werden müssen.

Alles in allem entspricht demnach der Entwurf der Reichsversicherungsordnung ganz und gar nicht den Forderungen, die unsre Partei bereits vor 7 Jahren aufgestellt und eingehend begründet hat. Der diesjährige Parteitag wird hieraus sicher die notwendigen Schlüsse ziehen.

Demonstrationen.

Man schreibt uns: Die bürgerliche Presse freut sich, weil gerade vor dem Parteitag die Gegensätze innerhalb der Partei wieder einmal scharf hervortreten. Zwar sind es an sich belanglose Handlungen einiger Parteigenossen, um die es sich handelt — das Einnehmen eines Frühstücks, das Veröffentlichung eines harmlosen Artikels, beides an einem unrichtigen Ort. Aber gerade durch diesen Ort werden es Handlungen, die zu dem Denken und Empfinden weiter Arbeiterkreise in schroffem Widerspruch stehen. In ihnen bekundet sich daher der ganze grundsätzliche Gegensatz, der zwischen den Richtungen in der Partei besteht, und in diesem Sinne, als Symptome, sind sie nicht bedeutungslos.

Man hat Bernstein vorgeworfen, daß er durch seinen Artikel im Berliner Tageblatt die Dresdner Resolution übertreten hat, die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern, die die Partei in häßlicher oder gehässiger Weise bekämpfen, verbietet. Zweifellos muß das Berliner Tageblatt schon als Organ der fortschrittlichen Berliner Intelligenz sich anständigerer Formen bedienen, als viele andere Bourgeoisblätter; aber kein Organ der bürgerlichen Klasse kann im Kampf gegen das Proletariat ohne gelegentliche gehässige Angriffe auskommen. Aber es genügt nicht, die Sache nur vom formalen Standpunkte zu behandeln; die Frage eines formellen Verstößes gegen eine Parteitagresolution, wobei alles von der subjektiven Auffassung einiger Ausdrücke abhängt, kann für uns nicht die Hauptache sein.

Kauf man sich die Entstehung der Dresdner Resolution ins Gedächtnis, so sieht man, daß dort an einen solchen Fall, wie der heutige Bernsteinsche, nicht gedacht ist. Die bürgerliche Presse besteht außer den eigentlichen Parteiblättern, die auf einem bestimmten politischen Parteistandpunkt stehen, aus einer Unmasse sogenannter neutraler, parteiloser Blätter. Können daran Genossen mitarbeiten? Im Grunde dienen sie alle, von den ernstesten wissenschaftlichen Zeitschriften, soweit sie sich über gesellschaftliche Fragen äußern, bis zu der schmutzigsten Sensationspresse, trotz der angeblichen Neutralität, nur der Verteidigung der bürgerlichen Ordnung und der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Der Parteitag hat in dieser natürlichen Tatsache keinen Grund gesehen, die Genossen in ihrer Mitarbeit daran zu behindern. Die Freiheit sollte nur durch das elementarste Anstandsgefühl eingeschränkt werden. Die Art und Weise, in der unsre Partei in dieser neutralen Presse bekämpft wird, sollte der Prüßstein sein.

Mit der Mitarbeit an der erstgenannten Gruppe bürgerlicher Blätter, an gegnerischen Parteiblättern, beschäftigt sich der Parteitag nicht. Dazu lag keine Veranlassung vor. Die Möglichkeit, daß vielleicht einmal Schippel an der Deutschen Tageszeitung, Calwer an der Nationalzeitung oder Bernstein an dem Berliner Tageblatt mitarbeiten könnte, lag dem Parteitag fern. Daß ein Mitglied einer Partei das Organ einer gegnerischen Partei zu seinen Veröffentlichungen benützt, ist eine so ungewöhnliche Sache, um daran in einer Resolution zu denken. Bernstein hat darin dem Georg Bernhard entschieden übertrumpft, denn dieser konnte sich damals darauf berufen, daß das Blatt, worin er schrieb, die Zukunft, allen Richtungen offenstehe, und daß er daher mit den andern darin enthaltenen Artikeln nichts zu tun habe.

Eine andre Frage ist, weshalb Bernstein zu dieser ungewöhnlichen Handlungsweise griff. Mag ein gutes Gabelfrühstück an sich etwas Schönes sein, mag für jeden deutschen Mann ein noch viel erhabenerer Genuß darin liegen, an eines Königs Tisch zu essen, mag es für einen aus der vaterlandslosen Rotte ein Genuß sein, von einem anständigen Ordnungsblatt als begabter Kopf gepriesen und in den Kreis seiner Mitarbeiter aufgenommen zu werden — das alles könnte nicht gegen den Unwillen der Partei, der, wie man wußte, heraufbeschworen würde, ins Gewicht fallen. Aber in diesen Handlungen lag ein höherer Zweck. Sie sind symbolische Handlungen. Sie sind Demonstrationen.

Das alles könnte nicht gegen den Unwillen der Partei, der, wie man wußte, heraufbeschworen würde, ins Gewicht fallen. Aber in diesen Handlungen lag ein höherer Zweck. Sie sind symbolische Handlungen. Sie sind Demonstrationen.

Otto Bauer hat einmal im Der Kampf die Frage behandelt, warum unsre Partei auf bestimmte immer zurückkehrende Handlungen, die keinen unmittelbaren Nutzen haben, so großen Wert legt. Wir lehnen jede Beteiligung an monarchischen Kundgebungen ab; wir verweigern das Budget, wir demonstrieren am 1. Mai und nicht am 30. April. Weshalb? Sie sind symbolische Handlungen. Sie sind Taten, die in scharfer, treffender, jedem Arbeiter sofort faßlicher Weise unsre prinzipiellen Auffassungen bekunden. Was sonst ausführliche Auseinandersetzungen über unsre Stellung zum Königtum, zum Staate, zu den verschiedenen Klassen erheischte, wird durch eine einzige Tat blühell klar gemacht. So eine demonstrative Tat wirkt erzieherischer, aufklärender als tausend Reden.

Diesen Wert von Demonstrationen wissen auch die revisionistischen Praktiker zu würdigen. Was hilft es, ob sie tagtäglich auseinandersetzen, daß wir uns zu der herrschenden Ordnung nicht in schroffem Gegensatz setzen dürfen, daß wir entgegenkommen müssen, woson wir was erreichen! Gegen die festgewurzelten Ueberzeugungen eines überlieferten Radikalismus richten diese Reden nichts aus. Also nicht länger Worte, sondern Taten. Sie nehmen an einer monarchischen Kundgebung teil. Das rüttelt die Leute aus dem „dogmatischen“ Schlummer auf. Selbstverständlich wird der Bogen nicht sofort zu stark gespannt; zuerst eine kleine Kundgebung, die zu entschuldigen ist; dadurch wird die Partei allmählich daran gewöhnt und wird immer weitergehende Demonstrationen dulden müssen. Gefahr ist für die Revisionisten nicht dabei, denn die Partei wird nicht leicht um anscheinender Kleinigkeiten willen zum äußersten schreiten.

Wir bekunden durch unsre Demonstrationen vor aller Welt den prinzipiellen Gegensatz unsrer Partei zur bestehenden Staatsordnung. Durch ihr Gabelfrühstück verkünden die sieben Schwaben demonstrativ der ganzen Welt: wir stehen der heutigen Staatsgewalt nicht grundsätzlich gegenüber, wir sind zum Entgegenkommen, zum Paktieren, zu Kompromissen bereit, das Gabelfrühstück war eine Demonstration für die revisionistische Politik, ein Symbol der Versöhnung der Klassen.

Und ähnlich hat auch Bernsteins Mitarbeit an Berliner Tageblatt eine symbolische Bedeutung. Er demonstriert damit für seine Auffassung der Politik, die die Partei befolgen soll. Er verkündet damit: diese Freisinnigen sind nicht in erster Linie Feinde, sondern die natürlichen Bundesgenossen des Proletariats; in dem großen politischen Kampf gehören Bürgertum und Arbeiter zusammen, gegen die Junkerklasse. Diese Tat soll jedem klar machen, daß das Berliner Tageblatt ihm gerade so nahe, oder vielleicht noch näher steht, als der Vorwärts.

Diese Demonstrationen verfolgen also einen propagandistischen Zweck. Nun sieht jedem natürlich die Propaganda seiner privaten Ansichten in der Partei frei. Die Partei darf jedoch von ihren Vertretern und Wortführern fordern, daß sie dafür keine Formen wählen, die die Partei kompromittieren und zu ihren anerkannten Auffassungen im Widerspruch stehen.

Parteiversammlung

des 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreises.

Im Sanssouci tagte gestern Abend eine Parteiversammlung für die beiden Leipziger Wahlkreise, die sich mit der in Zittau abgehaltenen Landeskonzert und den kommenden Parteitag beschäftigte.

Genosse Schrörs berichtete zunächst über den Verlauf der Landeskonzert, die unter dem Zeichen der kommenden Landtagswahlbewegung gestanden habe. Mit dem Ergebnis der Verhandlungen könne man zufrieden sein. Es habe sich gezeigt, daß die Sozialdemokratie Sachsens vorwärtsstreite und immer mehr an Stichtkraft gewinne. Die in Zittau gefassten Beschlüsse hätten wiederum zur Festigung der Organisation beigetragen, so daß die Genossen wohlgerüstet in die Landtagswahlbewegung eintreten könnten, die nur die Einleitung zum Kampfe für das allgemeine gleiche Wahlrecht sei.

In der Diskussion wandte sich Genosse Deyer gegen eine Neuerung Mießners auf der Landeskonzert, der bei der Be-

ratung über den Entwurf des Gemeinbewahlprogramms die Ausführungen eines einzelnen Landgemeinbewerbers dazu benützt habe, gegen die Leipziger Landgemeinbewerbersfraktion mit folgenden Worten Stellung zu nehmen: „In Leipzig hat sich in der Stadtverordnetenversammlung vor nicht so langer Zeit ein außerordentlich bedeutender Vorfall ereignet. In der Großstadt Leipzig waren unsre Genossen im Stadtparlament nicht einmal klar über das Polizeiwesen, ein Teil hat für die Verbesserung gestimmt, ein Teil dagegen, und zwei haben sich überhaupt gedrückt. Ja, wenn man aus solchen Gründen eine Programmänderung verlangt, dann sage ich nein. So etwas können wir mit einem Programm überhaupt nicht treffen, und wenn verhältnismäßig so einfache Dinge nicht richtig behandelt werden, so liegt das nicht an dem Programm, sondern daran, daß die Genossen nicht klar sind. Ich muß sagen, es ist nichts Neues, was da von Leipzig gekommen ist.“

Diese Neuerung könnten die Leipziger Stadtverordneten unter keinen Umständen in die Welt hinausgehen lassen, ohne Aufklärung zu schaffen, die so notwendig sei, da auf der Landeskonzert selbst kein Delegierter Verantwortung genommen habe, die Sache richtigzustellen. Die Fraktion lege deshalb Wert darauf, eine Erklärung abzugeben. (Die Erklärung ist an der Spitze der 3. Beilage abgedruckt. Die Red.)

Lipinski bemerkte: Wenn Mießner den Antrag Mießners als Antrag von Leipzig bezeichnet habe, könne ihm daraus kein Vorwurf gemacht werden. Denn der Antrag, der ursprünglich in einer Versammlung des 13. Wahlkreises gefaßt und nur vereinfacht nicht bei der Landeskonzert eingereicht worden sei, sei mit einer einzigen Ausnahme von allen Leipziger Delegierten unterzeichnet worden. Es sei also völlig korrekt, wenn von einem Leipziger Antrage gesprochen worden sei. In der Sache selbst habe Mießner nichts weiter getan, als das gesagt, was bereits in der Leipziger Volkszeitung gestanden habe. Diese Tatsachen selbst habe auch Genosse Deyer, der zu der Sache gesprochen habe, nicht ableugnen können. Ob eine so lange Erklärung, wie sie die Fraktion abgebe, in der Presse veröffentlicht werde oder nicht, sei Geschmackssache. Man könne jedoch nichts dagegen einwenden, wenn sich die Redaktion damit einverstanden erkläre. Einen falschen Satz möchte er aber bei der Veröffentlichung nicht stehen lassen. Es heiße in der Erklärung: „Die Urheber des Beschlusses werden sich deshalb auch dem Verlangen nicht entziehen können, ihrerseits zunächst zu erklären, was sie von Leipziger Parteileitung für annehmbar und was sie für unannehmbar halten.“ Das sei eine völlige Verkennung der Stellung des Agitationskomitees. Die Entscheidung über die Positionen des Orts müsse der Fraktion überlassen bleiben. Wenn dann über einige Fragen noch Unklarheit herrschen sollte, könne man gemeinsam beraten, um die Zweifel zu beseitigen.

Weiter wandte sich Lipinski gegen den in der Presse gegen ihn erhobenen Vorwurf, daß er gegen das Zentralkomitee Moyal gehandelt habe, weil er seinen Antrag über die Vermehrung von Doppeltmandaturen dem Zentralkomitee nicht vorher vorgelegt habe. Dieser Vorwurf sei ganz unberechtigt. Der Antrag sei notwendig gewesen, um Klarheit über den Planener Beschlusse zu schaffen. Eine Klärung sei um so mehr notwendig gewesen, da der Antrag von den Komitees verschiedener Kreise ausgestellt sei. In der Komiteefassung am Sonnabend vor der Landeskonzert sei aber nicht einmal eine Vorlage gemacht worden, sondern man habe nur beraten, welche Stellung man einnehmen solle. Man hätte aber den Einbruch gehabt, als wenn diese Stellung direkt auf einige Personen zugeschnitten war, die gern ein Doppelmandat auf Umwegen haben wollten. Deshalb sei von einigen Genossen der Antrag eingereicht worden, um endlich Klarheit zu schaffen. Der Umstand, daß er einstimmig angenommen sei, beweiße am besten, wie berechtigt er war.

Genosse Röhling bemerkte, durch die Erklärung der Stadtverordneten werde die ganze Angelegenheit ungeheuerlich aufgebauscht. In Dresden hätte man der Sache sehr wenig Bedeutung beigemessen. Bei den Verhandlungen in Dresden habe sich bei einigen Delegierten der Revisionismus in ganz trauerlicher Form gezeigt. Geradezu skandalös sei es, wenn man sich angeheißelt der politischen Situation immer noch nicht von einem Lieblingen mit bürgerlichen Politikern ganz frei machen könne und wie Mien-Dresden von „anständigen, willkürlichen National-Liberalen und Freisinnigen“ spreche. Solche Delegierte, bei denen die Grundzüge der Partei so wenig gefestigt seien, sollten einfach unmöglich sein.

Schick erklärte, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß in der Versammlung des 13. Kreises nur der Antrag Mießners, den Entwurf des Gemeinbewahlprogramms erst noch einmal zur Diskussion zu stellen, behandelt worden sei, daß die Genossen des 12. Kreises aber mit aller Entschiedenheit die Verantwortung für die private Meinung Mießners über die Vergebung von Arbeitsstellen in den Gemeinden abließen.

Genosse Lange stellte fest, daß er wegen bringender Abhaltung nicht an der Beratung über die Änderung des Gemeinbewahlprogramms teilnehmen konnte. Er habe aber auch nicht gewünscht, daß weitere Änderungen als die durch den Planener Beschlusse vorgesehenen vorgenommen werden sollten, und habe Sindermann brieflich mitgeteilt, daß er mit der schon vorher in der Kommunalen Praxis besprochenen Änderung ein-

nach wenigem Bedenken, den Abgesandten die Urkunde auszustellen, welche den Sand für ein frei herzogliches Gebiet erklärte, daran weder Kaiser noch Polenkönig lehnsrechtliche Rechte hätten.

Der Herzog durfte sich aber solch einen politischen Scherz ganz leichtens Herzens gestatten, indem er seit langem daran gewöhnt war, daß seine Urkunden nichts anderes waren als ein beschriebenes Papier oder Pergament, darum sich in Taten keine Seele kümmerte. Um jedoch gar keine Ungelegenheit zu gewinnen, ermahnte er freundlich, als er die Leute abgehen ließ, sie möchten nur kein Wesens von dem Dinge machen, sondern das Glück ihrer Freiheit mit Verstand im Stillen genießen. Da hatte er leicht mahnen, denn sie waren soeben des Willens gewesen, daselbe als eine Günst von seiner Gnade zu erbitten.

So kehrten Mahle Adebahr und die um ihn wohlverrichteter Sache nach Hause zurück, und er verlas die neue Urkunde daselbst am Sonntag mit vieler Feierlichkeit. Danach verwarbt sie das Dokument mit Sorgfalt und machten weislich kein Geschrei davon.

Nicht sehr lange nach diesem kam der arme Herzog zu sterben, der letzte und unglücklichste des Herrscherhauses vom Greifenstamme, das durch länger als ein halbes Jahrtausend in pommerischen Landen gewaltet hatte. Und alsbald nun fielen die lachenden Erben über diese Beute her, wie die Strandkrähen über einen ausgeworfenen Seefisch.

Nach ganz gemeinem Rechte wäre der Brandenburger allein der sichere Erbe gewesen: das ungleich bessere Recht aber hatte der Schwede, denn er saß breit und fett im Besitze. Dazu aber kam auch der Kaiser, sein Wörtchen mitzureden, und der Pole erhob seine Stimme und der Däne und was sonst noch für merkwürdige Leute einen Anspruch auf irgendeinen Teil zu haben meinten. Inzwischen blieb im Lande alles beim alten; des Herzogs hinterlassene Räte regierten, und die Schweden drang-

fallierten das Volk wie zuvor. — Unter diesem wirren Gezänk fand aber am wenigsten jemand Zeit, sich um das Dorfchen im Sande zu kümmern, und Mahle Adebahr hatte keine Gelegenheit, seine Urkunde in streitbarem Sinne hervorzuholen. Um so besser gediehen sie untereinander Jahr für Jahr, und indem sie weithin längs der Rüste ihre Fische ausführten, kamen sie auch zu barem Gelde, packeten sich Wiesen über dem See und vermochten sich Vieh in den Ställen zu halten, das fett und rund ward, so sehr auch die Lebakischen spotteten, sie betrieben die Mast ihrer Kinder mit Krähensfedern, Fischschuppen und Dänensand.

Wie aber jedes Gedelien ein neues Bedürfnis zu erzeugen pflegt, so begannen auch die vom Sande nun bald ein neues Begehren zu empfinden. Zwar nach einem Landesherren mit oder ohne höhere Bezeichnung trugen sie weiter keine Sehnsucht, wohl aber mochten sie einen eignen Geistlichen nicht länger entbehren, der ihnen mit voller Kraft ihre Sünden vorhielte; denn es war ihnen, als wenn Gott sie so recht nicht mehr liebe, wenn er sie nicht durch den Mund seines Dieners allwöchentlich einmal vernehmbar andonnerte; ganz wie so manches gute pommerische Eheweib an der feurigen Liebe ihres Gatten zweifelt und irre wird, sobald sie von ihm nicht mehr das gewohnte Maß von Prügel empfängt.

Darum begannen sie unter der Hand einem ledig laufenden Geistlichen nachzuspüren: denn ordnungsgemäß beim Konfessorio sich darum zu melden, trugen sie einige weise Scheu, damit sie nicht in die Bücher kämen noch irgendeiner Behörde ein Recht über sich einräumten.

Mahle Adebahr als Kenner geistlicher Dinge empfahl ihnen zwar, sie möchten zu allererst eine Kirche oder doch ein Bethaus und eine recht saubere Pfarre erbauen: da würden die Prediger schon von selber anschwärmen wie die Bienen nach einem wohlgerichteten Korbe; doch schüttelten sie die Köpfe und meinten, eine Kirche sei ein

leeres Gehäuse, wenn keiner darin predigte, ein lebendiger Gottesmann aber könne ihnen das Wort im Notfall auch wohl in den Wohnhäusern oder im Sommer auf freier Düne auslegen.

So suchten sie einen Hirten, fanden aber keinen, der ihnen behagte. Wohl gab es heimtöfische Pfarren genug im Lande, die ohne Gemeinde umirrten und gern seßhaft geworden wären; allein ihre Art gefiel den Fischern im Sande nicht: sie waren ihnen allzumal nicht feurig genug. Denn durch die Not der Zeiten waren sogar die geistlichen Herren demütigt und gelinde geworden und hatten verlernt, die rechten gottesfreudigen Donnerweiser aus ihrem Munde gehen zu lassen. Das aber sei keine rechte, pommerische Art, so meinten die Fischer, auf der Kangel kläglich zu bäen wie ein Lamm, sondern sie wollten etwas hören, das an die Ohren fahre und mit Brausen die Herzen gewinne. Und wie sie einem geistlich gehorchten könnten, der noch sanftmütiger sei als sie selber?

In solcher Erwägung kühlten sie ihre Sehnsucht und ließen sich lieber noch etliche Jahre hindurch vom Küster ein ungepfeffertes Wort Gottes schlacht aus der Bibel vorlesen.

Unter diesem Zuwarten geschah es, daß eines Tags ein sehr sonderbares Gefährt vom Seeftrande herauf mißsam über die Düne und an das Dorf herangefahren kam. Es war das, von einem schweren Gaul gezogen, ein geschlossener Wagen gleich einem riesigen Kasten oder einem beweglichen Hause, statt der Fenster mit kleinen Schießscharten versehen, aus denen ein Dutzend Flintenläufe drohend hervorstarren. Dieser stahtliche Wagen, der sonst aussah wie die Fuhrwerke, auf denen die Wunderdoktoren und andre fahrende Leute auf die Jahrmärkte zogen, trug aber in seiner Mitte ein hölzernes Türmchen mit einer ganz ansehnlichen Glocke darin, die zwischen den Holzsposten sichtbar blieb.

(Fortsetzung folgt.)